

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### NO Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Freitag, den 29. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“ bis fünfzeilige Zeilen 1,50 M. (auflage zwei fertige Zeilen). Jede weitere Zeile 1.- M. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen bis zur 1. Zeile 1.- M. jede weitere Zeile 50 Pf. Nach 15 Stunden zahlen für zwei Zeilen. Anzeigen für Abonnenten Zeile 1.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Leveragekosten.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließen von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

**Bezugspreis:**  
Wochenblatt 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. (einschl. Postgebühren). Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20.- M. Für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Eledung und Meinungen“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.  
Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

## Ultimatum — Regierungskrise?

Die kommenden Ereignisse beginnen sich am Horizont etwas klarer abzuzeichnen. Frankreich will unter allen Umständen marschieren, England sucht die Marschbereitschaft Frankreichs als Druckmittel auszunutzen, um einen Akkord auf Grundlage der Pariser Beschlüsse herbeizuführen. Wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen ein Ultimatum an Deutschland gerichtet werden, das es vor die Wahl stellt, neue Zwangsmassnahmen auf sich zu nehmen oder aber neue Bedingungen zu unterschreiben und für ihre Erfüllung bestimmte Garantien zu leisten.

Als Zwangsmassnahme ist die Befehung des Ruhrreviers in Aussicht genommen, mit der sich England bereits einverstanden erklärt hat für den Fall, daß Deutschland das Ultimatum nicht annimmt. Man kann aus den Erklärungen Lloyd Georges vielleicht schließen, daß England einer gleichzeitigen Befehung Ostlicher Gebiete durch Polen, wie sie von Frankreich in Aussicht genommen ist, nicht zustimmen würde, obwohl auch hierüber eine Gewissheit nicht besteht.

Kann Frankreich nicht verhindern, daß Deutschland noch eine allerletzte Möglichkeit, zu Verhandlungen zu kommen, offen gelassen wird, so wird sein Bestreben zweifellos darauf gerichtet sein, die Bedingungen des Ultimatum so unannehmbar wie nur möglich für Deutschland zu gestalten. Damit wiederholt sich für Deutschland die Situation, in der es sich vor der Unterzeichnung des Friedens von Versailles befunden hat. Sie wird noch erschwert durch die Erfahrung, daß bloße Unterschriften nicht genügen, um auch nur eine zeitweilige Erleichterung herbeizuführen.

Innerpolitisch ist die Situation anders als vor zwei Jahren. Damals hatte die Regierung Scheidemann die Erklärung abgegeben, sie werde nicht unterzeichnen, komme was da wolle. Als sich in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Unterzeichnung gebildet hatte, schiedem die Gegner der Unterzeichnung aus der Regierung aus, und es wurde eine Regierung gebildet, die der Parlamentsmehrheit entsprach. Diesmal ist ein solcher Gegenstand der Meinungen zwischen Regierung und Parlament nicht zu erwarten, bis jetzt wenigstens deutet kein Anzeichen darauf hin, daß er entstehen begriffen sei. Um so mehr muß man sich wundern über die Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt der Reichsregierung. Ein solcher Rücktritt, der nicht durch parlamentarische Notwendigkeiten erzwungen ist, sondern nur darum erfolgt, weil der Regierung die außenpolitische Situation über den Kopf wächst, wäre nichts anderes als eine klägliche Flucht.

Scheidemann hatte dem Parlament einen bestimmten Rat erteilt, da er nicht befolgt wurde, ging er. Der Rat kann gut oder schlecht gewesen sein, jedenfalls zeigte er doch den Willen der Führung. Die Regierung Fehrenbach-Simons, so heißt es jetzt, will gehen, weil sie sich überhaupt nicht getraut, der Volksvertretung einen bestimmten Rat zu erteilen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als dies: In der kritischsten Stunde lassen die Führer, die den Kopf verloren haben, das Volk im Stich. Die Minister begeben sich in den Ruhestand, um Deutschland dem Chaos zu überlassen!

Würde die erste rein bürgerliche Regierung Deutschlands seit der Revolution ein solches Ende nehmen, so könnte das nicht ohne tiefe, dauernde Nachwirkung bleiben auf alle zukünftige innere Entwicklung.

### Die deutsche Antwort unbefriedigend.

London, 29. April. (W.B.) Reuters erzählt bei einer Anfrage in maßgebenden britischen Kreisen, daß die Auslegung, die infolge britischer Rückfragen bezüglich der deutschen Note an die Vereinigten Staaten gegeben wurde, einen sehr schlechten Eindruck hervorgerufen habe. Anscheinend wären die Deutschen diese Mitteilung bezüglich des Diskussionsstoffes vor, während die Annahmen, in denen Deutschland zu zahlen gewillt ist, sich auf 70 oder 80 Jahre zu erstrecken scheinen. Die unbefriedigende Natur der Antwort in einem so wichtigen Punkte habe notwendigerweise mangels genügender Aufklärungen zu zahlreichen ungünstigen Bemerkungen Veranlassung gegeben.

Es wird zugegeben, daß gewisse Klauseln des neuen Angebotes in der Wiederherstellung Frankreichs oder der Bereitwilligkeit, die allertesten Schulden zu übernehmen, einen Fortschritt gegen die früheren deutschen Angebote darstellen. Solange die deutschen Vorschläge mit Bezug auf vitale Teile unklar bleiben, sei es äußerst unwahrscheinlich, daß sie als Grundlage einer Erörterung angesehen werden können.

Nach britischer Ansicht ist es zweifelhaft, es sei denn, daß irgendein praktischer Vorschlag in einer verhältnismäßig kurzen Zeit unterbreitet wird, daß irgendeine befriedigende Entwicklung erhofft werden kann.

Was die Wirkung der Ereignisse der letzten Tage auf das bevorstehende Zusammenkommen des Obersten Rates anbelangt, so wird darauf hingewiesen, daß angesichts dessen, daß die Alliierten

keine offizielle Anzeige weder von Seiten Deutschlands noch von Seiten der Vereinigten Staaten besitzen, es sehr unwahrscheinlich ist, daß sie überhaupt im Rate der Alliierten erörtert werden, dessen Aufgabe es nur sein wird, zu entscheiden, welche Aktion im Hinblick auf die Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen getroffen werden soll.

London, 29. April. (W.B.) Reuters meldet: Während kein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger aufgenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat. Die Antwort von Berlin auf das Ersuchen um genauere Informationen und Feststellungen, hat bisher keine deutliche und zufriedenstellende Aufklärung gebracht, und die Aussicht auf ein Abkommen auf der Grundlage der nach Washington gelabelten Vorschläge wird keineswegs günstig angesehen.

### Ein Ultimatum bevorstehend?

Paris, 29. April. (E.P.) Aus London wird den Blättern berichtet, daß Lloyd George voraussichtlich ein neues 24stündiges Ultimatum zur Vorlegung neuer befriedigenderer Vorschläge an Deutschland richten werde.

Brüssel, 29. April. (E.P.) Nach Berichten aus unterrichteten Londoner Kreisen erwartet der Oberste Rat, daß er Freitag oder Samstag neue abgeänderte Vorschläge von Deutschland empfangen werde. Man ist der Meinung, daß die Sitzung des Obersten Rates bis Mittwoch oder Donnerstag dauern wird.

London, 29. April. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: In Amerika sei man allgemein der Ansicht, daß es Hughes gelingen würde, Deutschland zu beeinflussen, sein Reparationsangebot in einem für die Alliierten befriedigenden Sinne abzuändern.

### Soch — alles andere Unsinn.

Paris, 29. April. (W.B.) Es bestätigt sich, daß das amerikanische Staatsdepartement an die französische Regierung eine Anfrage gerichtet hat, ob sie die beabsichtigte Befehung des Ruhrgebietes nicht werde hinausschieben können. Die französische Regierung hat jedoch diese Anregung entschieden zurückgewiesen. Die französische Presse rechnete mit dem Beginn des Vormarsches am 2. Mai.

### Einmarsch ohne Englands Hilfe.

Paris, 29. April. (E.P.) Der Ministerpräsident Briand empfing gestern die Vertreter der amerikanischen Presse und erklärte, daß er die Ueberzeugung habe, daß alle Alliierten Frankreich moralisch unterstützen würden, um jene Maßnahmen zu ergreifen, die durch die Haltung Deutschlands notwendig werden würden. Deutschland erfüllt nicht nur nicht seine Reparationspflichten, es weigert sich auch zu entwaffnen und die Schulden vor ein Gericht zu stellen. Frankreich wird bei den Beratungen des Obersten Rates

### keine materielle Hilfe von Großbritannien

verlangen, sondern nur erbitten, daß dieses seine Sympathien dem Vorgehen, die Frankreich beschloßen hat und die in einem Vormarsch in das Ruhrgebiet bestehen, zuteil werden ließe. Die deutschen Vorschläge bezeichnet Briand als unannehmbar in Hinblick auf die Natur derselben als auch auf die Bedingungen, unter denen sie gemacht wurden. Wenn es Deutschland darum zu tun gewesen wäre, seinen Verpflichtungen nachzukommen, so wäre ihm genug Gelegenheit belassen worden, um diese Angebote rechtzeitig zu machen. Aber daß Deutschland sich eines Vermittlers bedient und bis zur letzten Minute wartet, ist verächtlich. Deutschland hofft zweifellos weitere Zeit zu gewinnen, damit die französische öffentliche Meinung die Geduld verliere und vielleicht eine Spaltung unter den Alliierten entstehen könnte. Aber dadurch hat sich Frankreich nicht täuschen lassen.

### Wenn die deutsche Regierung frei handeln könnte.

und nicht von den reaktionären und imperialistischen Interessen beherrscht würde, wäre die Lage eine ganz andere. Die wichtigste Angelegenheit, sagte Briand, ist nunmehr die Reparationsfrage. Es ist dies eine Angelegenheit aller Alliierten und im besonderen die wichtigste Frage für die Sicherheit Frankreichs. Frankreich und Deutschland haben eine gemeinsame Grenze, eine sehr schwache Grenze. Frankreich steht immer Deutschland gegenüber und es kann nur auf eine Weise sich Sicherheiten verschaffen, indem es Deutschland entwaffnet. Deutschland hat den Friedensvertrag unterschrieben, der es zur Entwaffnung verpflichtet. Bisher aber hat Deutschland immer versucht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen. Sobald man Deutschland eine neue Frist gewährt hätte, habe es diese nur dazu ausgenutzt, um sich weiterhin seinen Pflichten zu entziehen. Das rechtfertigt die Maßnahmen, die man ergreifen wird. Wenn man das in Aussicht genommene Gebiet besetzt hat, dann wird man ein wichtiges und wirksames Pfand in der Hand haben. Man wird den Mittelpunkt des imperialistischen und reaktionären Deutschlands, den Mittelpunkt seiner Hochfinanz und seiner Willkür damit besetzen. Briand bedauert, daß Amerika an den Beratungen des Obersten Rates nicht teilnimmt und hofft, daß es an den Sitzungen wieder erscheinen wird, da dadurch viele Schwierigkeiten beseitigt werden könnten.

## Verhinderter Preisabbau.

Von einem im Verbandswesen tätigen Parteigenossen wird uns geschrieben:

Es ist ein großes Gerede davon, daß die Preise billiger werden. Geht man aber der Sache auf den Grund, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich diese Preisfenkung in der Hauptsache nur auf die verhältnismäßig geringfügige Zahl der vom Ausland bezogenen Erzeugnisse, insbesondere Nahrungsmittel, erstreckt. Bei fast allen inländischen Waren verharren indes die Preise mit konstanter Bosheit auf dem Höchststand oder sind doch nur um einige kaum merkbare Strichlein darunter gesunken. Wo aber dennoch vereinzelt ein etwas kräftigerer Rück bei einheimischen Fabrikaten festzustellen ist, wie beispielsweise bei manchen Textilwaren, da geht dies erst unter dem starken Druck der ausländischen Konkurrenz, deren viel niedrigeren Angeboten die deutsche Industrie notgedrungen folgen mußte.

Wenn man die aus den Kreisen der Industrie stammenden Situationsberichte liest, die von Klagen über die hohen Löhne und Unkosten, über den schädigenden Einfluß der Währungschwankungen und über Betriebseinschränkungen sprechen, sollte man meinen, sie läge in den letzten Tagen. Vergleichen man aber mit diesen Klagesiedern die üppigen Dividenden, mit denen nahezu alle Aktiengesellschaften, fast ohne Ausnahme, ihre Aktionäre beglücken, dann weicht diese Beforgnis einem verständnisvollen Augenschein. 20 bis 40 Proz., das ist — abgesehen von den in Abschreibungen, Reservefonds, Erneuerungsfonds und Gratisaktion versteckten Gewinnen — so das Durchschnittsergebnis der meisten industriellen Werte; eine staatliche Verzinsung steigt sich bis zu 50 und 60 Proz., und die bis 100 und mehr sind keine Seltenheit. Ueber den Rekord von 370 Proz. der Thüringer Wollgarnspinnerei ging allerdings bisher kein Ertragnis hinaus.

Wie ist es möglich, so fragt man sich, daß solche Dinge vor sich gehen? Alle Welt schreit nach dem Abbau der Preise; die Verbraucher, die Geschäftswelt, Nationalökonomien, Parlamente und Regierung sind sich darüber einig, daß der einzige Weg zur wirtschaftlichen Wiedergesundung, zur Befreiung unseres finanziellen Elends über den Preisabbau geht. Strenge Befehle bedrohen diejenigen, die einen „übermäßigen Gewinn“ erzielen, mit schweren Strafen. Gibt es nicht Preisprüfungsstellen mit einem Heer von Beamten, die wenigstens den Versuch machen, derartige Gewinne auf ihre Lebermäßigkeit hin zu prüfen?

Aber ganz abgesehen von der gesetzlichen Unzulässigkeit hat man oft gesagt, daß nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft für die meisten Produkte der wiedererfindende freie Wettbewerb jeden Preiswucher ausschalten würde. Dieses von der Industrie zwar mit Vorliebe zur Befreiung der Zwangswirtschaft ins Feld geführte Argument ist, wie von uns seit jeher betont wurde, nur ein Trugschluß. Wo gibt es denn Kartelle und industrielle Verbände, deren Gebot sich die eigenen Mitglieder wie die Abnehmer zu fügen haben, und deren weitreichender Arm auch die Preisbildung lenkt? Die Preise werden von den meisten Verbänden diktiert; wer es wagt, darunter zu bleiben, wird mit hohen Konventionalstrafen belegt, und seine Existenz wird dadurch bedroht, daß man ihm durch Boykottierung den Bezug des Rohmaterials abschneidet! Das ist ein probates Mittel, das nie versagt.

Ein geradezu klassisches Beispiel für diese Art der gemasteten Preisbehaltung liefert die deutsche Papierindustrie. Trotz der erzielten enormen Gewinne und trotz des schon auf eine wahnsinnige Höhe hinaufgeschraubten Preisstandes verlangen die Konventionen der Papierfabrikanten neue beträchtliche Preiserhöhungen für Zeitungspapier, da sie nach Aufhebung der staatlich festgesetzten Höchstpreise völlig freie Bahn vor sich zu haben glauben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das gesamte in Papierfabrikation benötigte Rohmaterial einheimisches Erzeugnis ist. Selbst hinsichtlich der früher zum Teil von Schweden gelieferten Zellulose haben wir uns jetzt ganz unabhängig gemacht; das Material wird heute ausschließlich den deutschen Wäldern entnommen. Von einer Wertenerkung durch die Wälder, die so gern ins Feld geführt wird, kann also keine Rede sein. Auch die Arbeitslöhne, die an und für sich nur einen geringen Anteil vom Wert des Erzeugnisses bilden, sind nicht annähernd in dem Schnelltempo der Papierpreise gestiegen. Einen plausiblen Grund für die Erhöhung gibt es also nicht. Die Industrie arbeitet mit glänzenden finanziellen Ergebnissen. Der kürzlich veröffentlichte Bericht der Parziner Papierfabrik meldet 40 Proz. offizielle Dividende. Der eigenhändige Reinertragsüberschuss — nach über 4 Millionen Abschreibungen und 2½ Millionen für Erneuerungsfonds — beträgt jedoch mehr als 5 Millionen bei

einem Anlagekapital von 7 Millionen, das sind also reichlich 70 Proz. Gewinn!

Dabei scheut man sich in den Verbänden nicht zwecks künstlicher Hochschraubung der Preise Betriebsbeschränkungen zu fordern, damit ein der Nachfrage genügendes Angebot nicht etwa doch auf den Preisstand drückt. Die Vereinigung „Holzfrei“, einer der Spezialverbände der Papierindustrie, war so unerföhren, einen Beschluß zu fassen, in dem es unter anderem heißt:

„Auch sonst hält die Verfallung den Zeitpunkt für gekommen, den Fortbestand der Konvention mit allen Kräften zu sichern. In erster Linie erachtet man in dieser Hinsicht die Durchführung einer systematischen Betriebsbeschränkung für erforderlich, welche dazu dienen muß, die Erzeugung dem Verbrauch anzupassen und die Preise derart zu stabilisieren, daß die Lebensfähigkeit der Betriebe erhalten bleibt. In diesem Sinne sollen sich zunächst die unmittelbaren benachbarten Gruppen wie „Holzhaltig“, „Holzfrei“ und „Feinpapier“ verständigen.“

Mit zynischer Offenheit bekennst man sich also zu Maßregeln, die selbst auf Kosten Tausender dadurch brotlos gemachter Arbeiter zur Steigerung der an und für sich schon übermäßigen Gewinne ergriffen werden sollen.

Sieht auch diesem Treiben die Regierung mit verchränktem Armen zu? Wir haben leider wenig Hoffnung, daß sie ihm endlich einen Riegel vorschiebt. Alle bisher in dieser Beziehung unternommenen Versuche waren ergebnislos. Vom Verband der Fachpresse Deutschlands gegen die zwangsweise Hochhaltung der Papierpreise durch die Konventionen an den Reichswirtschaftsminister gerichtete Eingaben vom 20. Juli und 28. Dezember 1920 sind noch nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden!

Ein von Hans Holz, Handelsrichter und Mitglied der Stuttgarter Handelskammer, über die schädliche Wirkung der Kartellpreispolitik und die unbegreifliche Passivität der Preisprüfungsstellen in der Tagespresse veröffentlichter Artikel hat die Württembergische Landespreisstelle zu einem bemerkenswerten Antwortschreiben veranlaßt. Sie sei zwar unabhängig bemüht, so heißt es darin, diese Erscheinung zu bekämpfen, aber nur von der Reichsregierung könne eine wirksame Abwehr angeht, des sich über das ganze Reich erstreckenden Einflusses der Verbände unternommen werden. Bei dieser sei aber die Landespreisstelle bisher vergeblich vorstellig geworden. Das Reichswirtschaftsministerium gehe an die Verbände nur ungern heran, heißt es u. a. wörtlich in diesem bezeichnenden amtlichen Schriftstück.

Es wird höchste Zeit, einmal den Gründen nachzuforschen, denen diese Vertreter einer wucherischen Kartellpolitik eine solche Nachsicht seitens der Reichsbehörden zu verdanken haben. Versagt auch die Festsetzung von Höchstpreisen wie in den angeführten Fällen, so bleibt als letztes wirksames Mittel ein durch Verordnung oder Befehl ausgesprochenes striktes Verbot, das alle die künstliche Hochhaltung der Preise begünstigenden Bestimmungen der Konventionen unter strenge Strafen stellt. Solange das nicht erfolgt, werden die eigentlichen Quellen der Verteuerung nicht verstopft, wird jeder Versuch des Preisabbaues nur eine Farce sein.

### Der Hinauswurf beginnt.

Das Ministerium Stegerwald ist sich wohl bewußt, daß es von der Gnade der Rechtsparteien getragen wird. Gehorham den Anweisungen der reaktionären Presse folgend, beginnt es seine Tätigkeit mit der Säuberung der Ministerien von Sozialisten.

Das frühere Preussische Staatsministerium hatte seinerzeit drei Beiräte als Vertreter der Gewerkschaften in das Handelsministerium berufen. Es waren dies je ein Vertreter der christlichen, der Hirsch-Dunderschen und der freien Gewerkschaften. Der Vertreter der christlichen Ge-

werkschaft schied vor längerer Zeit freiwillig aus seinem Amt. Es verblieben noch Siering von den freien Gewerkschaften und Hartmann von den Hirsch-Dunderschen.

Der demokratische Minister Fischbeck erblickte nun nach der Kabinettsbildung seine erste Aufgabe darin, den sozialistischen Beirat Siering zu beseitigen. Beide Beiräte haben ein Schreiben bekommen, daß mit der Umbildung des Ministeriums in Preußen die Tätigkeit der Beiräte als erledigt anzusehen ist. In dem Schreiben des Herrn Hartmann heißt es aber in einem Zusatz: „Ueber Ihre Weiterverwendung als sozialpolitischer Referent geht Ihnen Mitteilung nach.“

Das Schreiben an Siering trägt diesen Zusatz nicht, woraus klar hervorgeht, daß der Demokrat Hartmann weiterhin im Ministerium verbleibt und in Vertiktheit nur der Sozialdemokrat Siering beseitigt wird. Die erwähnten Schreiben tragen allein die Unterschrift des Minister Fischbeck. Hat Herr Fischbeck auf eigene Faust oder auf Beschluß des Gesamtministeriums gehandelt?

### Wieder einer!

Die Kapp-Verbrecher gehen herrlichen Zeiten entgegen. Der im August vorigen Jahres herausgegebene *Anna Siering* hat bestimmte bekanntlich, daß nur die Führer der Hochverratsbewegung verfolgt werden sollten, und alsbald stellte sich heraus, daß die Kappiade eine fährerlose Bewegung gewesen war, ja, der antisemitische „Hammer“, das Organ des raschlebigen Herrn Th. Fritsch, bezeichnete den Kapp-Busch als eine „jüdische Erfindung“. Jetzt wird uns die erste Kunde, daß wieder einer der völlig unschuldig Verfolgten außer Verfolgung gesetzt ist: der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Reichsgerichtsrat Delschläger, macht unter dem 22. April bekannt, daß der Siechbrief hinter den Regierungspräsidenten a. D. Traugott v. Jagow aus Potsdam wegen Hochverrats erledigt ist. Die Gründe hierfür gibt der Herr Reichsgerichtsrat nicht bekannt.

Die „Deutsche Tageszeitung“, durch diesen neuen Triumph der Rechtsboschschwestern ermutigt, schreibt hierzu:

Bei anderen an Kapp-Busch Beteiligten ist das Verfahren schon vor Monaten erledigt worden. Dagegen ist nach nicht bekannt, ob gegen Herrn v. Jagow das Verfahren eröffnet oder eingestellt wird. Entweder, man hält diese Leute für schuldig, dann mache man ihnen den Prozeß, oder man ist nicht dieser Auffassung, dann zögere man auch nicht mit Rücksicht auf die „tösende Volksseele“ sich dazu offen zu bekennen. Die bisher beliebte Taktik geht jedenfalls unseres Erachtens keinesfalls länger an.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat vollkommen recht. Die amtlichen Stellen sollten endlich ein offenes Spiel spielen und ruhig erklären, daß alle am Kapp-Busch als Führer beteiligten Personen unschuldig sind. Die monatelange Komödie, während deren man mit Ehrhardt, Gütlich und Konsorten ein anmutiges Versteckspiel trieb, indem man Briefe hinter ihnen her jagte, die sie nicht erreichten, würde entschieden durch die ruhmgekrönte Einholung des Reichskanzlers a. D. Kapp aus Schweden, wohin er sich ganz überflüssigweise geflüchtet hatte, eine glorievolle Schlusapoteose erhalten. In der schönen Umgegend von München aber könnte man in unserer Freiheitskämpferzeit eine neue Siedlung errichten, die den schönen Namen „Bereinigung treudeutscher Kappfreunde e. B.“ tragen würde.

### „Der Mann ist ein Querulant“.

Im vorrevolutionären Preußen gab es für die Beamten ein „Beschwerderecht“; wie dieses „Recht“ gehandhabt wurde, zeigt folgender Fall:

Ein Oberlehrer hatte gegen seinen „vorgesehenen“ Direktor eine Beschwerde beim Provinzialschulkollegium eingereicht. Der zuständige Provinzialschulrat ist nach einer Rücksprache mit dem Direktor den Oberlehrer zu sich kommen, um ihn zu veranlassen, die Beschwerde zurückzunehmen. Da alles Zureden nicht hilft, spielt er den letzten Trumpf aus und erklärt dem „Untergebenen“ kurz und bündig: „Es ist überhaupt so was mit Beschwerden, ich kann nur davor warnen. Selbst wenn Sie Recht bekommen, sind Sie immer der Beschlagene, denn man sagt sich: Der Mann ist ein

ein Mensch, so empfinden sie zuerst, der etwas hat, was wir nicht haben. Durch mich ist der Frühling in ihre Sphäre gerückt, ist kein allgemeiner Zustand mehr, sondern ein Gegenstand der Reugier, ist ins Bürgerliche übertragen, mit einem Wort vermenschlicht. Der Baum im Garten ist einer von vielen, ist lediglich Ausschnitt aus der Natur. Der Zweig in meiner Hand hingegen ist mein Zweig, das individuelle Attribut meiner Person. Er beschäftigt die Phantasie, läßt an irgend eine Häuslichkeit denken, vielleicht an ein romantisches Liebesglück.“

Und ich erinnerte mich an das Wort Emersons: „Jedes Schiff ist ein romantischer Gegenstand, solange wir nicht darin sitzen.“

Den Zweig in der Hand eines Freundes finden wir bezaubernd, weil das Glück nie in uns selber ist, immer mehr bei den anderen.

Die Not der deutschen Wissenschaft. Das Kunststufsbureau der deutschen Bibliotheken hat soeben unter dem Titel „Gesamtverzeichnis der ausländischen Zeitschriften“ ein Verzeichnis der von den deutschen Bibliotheken noch gehaltenen ausländischen Zeitschriften nach dem Stand vom 1. Dezember 1920 herausgegeben. Es hatte sich an mehr als 1200 Bibliotheken gewandt; von denen aber nur noch 367 ausländische Zeitschriften hatten. Es wurden 3394 Zeitschriften gezählt, von denen 513 auf die Schweiz, 469 auf die Vereinigten Staaten, 419 auf England, 365 auf Frankreich, 259 auf Italien, 218 auf Holland, 206 auf Schweden, 136 auf Spanien, 120 auf Dänemark usw. fallen. 3394 ausländische Zeitschriften scheitern auf den ersten Blick sehr viel zu sein. Indessen bei näherer Durchsicht und insbesondere bei einem Vergleich mit dem 1914 erschienenen Gesamtverzeichnisverzeichnisses erweist sich das neue Verzeichnis, wie es in der Vorrede heißt doch als „ein erschreckendes Dokument der trostlosen Verarmung, der unsere öffentlichen Bibliotheken auf dem Gebiete der ausländischen Literatur anheimgefallen sind“. In jenem sind 6000 ausländische Zeitschriften aufgeführt, von denen in diesem nur etwa 1700 wiederkehren. Es fehlen also noch fast 4000 ausländische Zeitschriften, die wir vor dem Kriege hielten, von denen der größte Teil von hohem wissenschaftlichen Wert und insbesondere für die deutsche Wissenschaft unentbehrlich ist. Das Kunststufsbureau legt es daher allen, die noch in der Lage sind, ausländische Zeitschriften zu kaufen, dringend ans Herz, wenn irgend möglich nur solche Zeitschriften zu bestellen, die noch nicht in dem neuen Verzeichnis vertreten sind, damit unser Bestand an ausländischen Zeitschriften soweit als nur irgend möglich dem der Vorkriegszeit nahe kommt. Deswegen richtet es an alle Bibliotheken, öffentliche und private, auch Behörden, Instituts- und Vereinsbibliotheken sowie Buchereien industrieller und kaufmännischer Betriebe, die noch ausländische Zeitschriften halten, sie aber dem Kunststufsbureau noch nicht gemeldet haben, die dringende Bitte, dies doch so bald als möglich nachzuholen, denn nur durch Zusammenarbeit aller wird es möglich sein, der deutschen Wissenschaft das notwendige Rüstzeug zu bieten. Das Gesamtverzeichnis der ausländischen Zeitschriften ist zum Preise von 15 M. vom Kunststufsbureau der deutschen Bibliotheken, Berlin NW 7, unter den Bänden 38 (Mittelschicht) und 39 (Hochschule) zu beziehen.

Querulant.“ Man merke wohl: diese Worte sprach ein Provinzialschulrat, der es wissen mußte und gab damit der allgemein herrschenden Ansicht Ausdruck. Das mögen die Beamten nicht vergessen, damit sie wissen, wie sie sich gegen den neuen sozialistischen Kurs in Preußen zu verhalten haben!

### Aufklärung mit Handgranaten.

Eine wunderbare Methode, über die kommunistischen Terrorakte in der Putschwoche zu berichten, hat sich die „Rote Fahne“ zu eigen gemacht. Die harmlosen Leute, die auf den Banken „Geld abgehoben“ hatten, werden noch in den Schatten gestellt durch die friedlichen kommunistischen Aufklärer, deren Wachen von der „Roten Fahne“ wie folgt dargestellt wird:

Vor dem Sondergericht des Landgerichts Berlin I wurde unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Braun gegen fünf arbeitslose Kommunisten verhandelt, die zum Teil in die Betriebe von Ludwig Loewe, zum Teil in die UEB. hineingegangen waren, um ihre proletarischen Brüder zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Einige hatten sich auch darauf vorbereitet, wegen der Unaufklärtheit eines Teiles der Arbeitererschaft durch energische Maßnahmen die Betriebe stillzulegen. Sie hatten zu diesem Zweck einige Handgranaten mitgenommen.

Daß der Unaufklärtheit der „proletarischen Brüder“ mit einigen Handgranaten nachgeholfen werden sollte, ist in der Tat die harmloseste Sache der Welt. Unwillkürlich fällt uns der Witz von einem wegen schwerer Körperverletzung angeklagten Gemütsmenschen ein, der vom Gerichtsvollzieher aufgefordert wird, den Herzgang des Kaufmanns zu schildern, und dies mit folgenden Worten tut: „Wir beide unterhielten uns noch ganz gebildet, — auf einmal hängt dem Andern ein Auge raus...“

### Wer ist Gabriel?

Um die Persönlichkeit des Kommunistenführers Dr. Gabriel ist ein Streit entbrannt, der in ungekehrtem Verhältnis zu seiner wirklichen Bedeutung steht. Die reaktionäre „Deutsche Tageszeitung“ stellte die sinnlose Behauptung auf, die Sozialdemokratie sei die Partei, die den Kommunisten ihre Führer geliefert habe. Unser Genosse Osteroth räumte im Landtag bereits mit den Märchen über Gabriel auf. Leider unterließ ihm hierbei, wie uns von dem sozialdemokratischen Bezirksparteibureau Stendal mitgeteilt wird, insofern ein Verbum, als er ausführte, Gabriel sei erst Mitglied der SPD., dann der USP. gewesen und schließlich zur KPD. übergegangen. Tatsächlich ist Gabriel niemals sozialdemokratisches Parteimitglied gewesen. Er wollte es werden, um eine Existenz zu erlangen, aber die damalige sozialdemokratische Parteileitung in Moers verzichtete, weil sie die schmutzige sozialistischer Tätigkeit des Gabriel als Redakteur des „Grosshauer“ genau kannte.

Ein abler demagogischer Kniff der „Deutschen Tageszeitung“ ist es ferner, wenn sie behauptet, der „Grosshauer“ sei kein deutschnationales Blatt gewesen, weil es nur der Revolution — keine deutschnationale Partei gab! Daß die heutigen deutschnationalen nichts anderes als die ehemals konservativen mit verklärter antisemitischer Einschläge sind, weiß wohl das agrarische Blatt ebenso gut wie wir. Der Bund der Landwirte wie die freieingeweihten konservativen Landwirte fanden in dem „Grosshauer“ ihr bestes Sprachrohr; noch heute trägt das Blatt am Kopf den Vermerk: „Organ des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, Lokalsektion Moers II.“ In diesem Blatt vertrat Dr. Gabriel die schlimmste alte deutsche vaterlandsparteiliche Eroberungs- und Revanchepolitik. Und da mag die „Deutsche Tageszeitung“ zu bestreiten, daß Gabriel jemals deutschnational gewesen sei! Dieser Mann bleibt also trotz aller reaktionären Bratete nicht an der Sozialdemokratie, sondern an den Koschöpfen der deutschnationalen hängen, wodurch wieder einmal unsere alte Behauptung gestützt wird, daß Reaktionäre und Kommunisten einander freundschaftlich in die Hände arbeiten.

Vor dem Moskauer Kongreß. Wie M. mittelst, werden der Fall Paul Lepi, Clara Zetkin und die deutsche kommunistische Rechte sowie der Fall Serrati und die italienische kommunistische Rechte einen großen Raum in den Debatten des dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale einnehmen.

Deutsches Künstler-Theater. Die selige Erzellenz, von Rudolf Prestor und Leo Walter Stein. Die Grundidee des Lustspiels ist nicht übel. Ein geheimnisvoll verpackter und versegelter Band des Konversationslexikons dient nach dem Tode der mißliebigen Erzellenz seiner noch mißliebigeren Freundin als Zaubertrick, die feindliche Haltung der höfischen Klasse zu schmeichelnder Gefälligkeit zu wandeln; indem sie den Herrschaften suggeriert, das Päckchen enthalte des Verstorbenen Memoiren, eine getreue Sammlung seiner Erlebnisse bei Hofe, die er ihr mit der Bestimmung zur Publikation hinterlassen. Ein häßlicher Rahmen für boshafte witzige Verfilgung. Indes, was die Autoren da hineingezeichnet, erhebt sich nirgends über das gewöhnliche Niveau hinaus. Um bei der Dürftigkeit der Erfindung die Stunden des Theaterabends auszufüllen, werden die Szenen oft recht verdrüsslich ausgedrückt.

Die Wiederaufnahme des früher oft gespielten Stückchens mag sich daraus erklären, daß es in der Nebenfigur des Konzeletrats Burgbaum ein höchst dankbares Objekt für Max Adalberts propagandistische Charakterisierungskunst bot. Er animierte und elektrifizierte die Stimmung sofort, wenn er nur auf der Bühne erschien. Die Gedrücktheit des vertriebenen, eingeschüchterten Bürokratenmännchens, an dem keine Vorzeichen jedes Schikanenbedürfnis ihrer üblen Laune auszulassen gewohnt sind, erhebt in seiner Darstellung etwas Rührendes, dem die Komik der Erscheinung, der Gesen und der einfalligen, in ganz besonderer Sprache vorgebrachten Reflexionen einen weit über alle Grenzen des Possenhafsten hinausgehenden herzlich intimen Gehalt verlieh. In dieser Hinsicht überglänzte der Eindruck noch die Leistungen von Ballenberg, den man noch seinem eroberlichen Spiel in Kolmun's „Menschenfeind“ fast nur in Rollen sah, die allein die Komik blöhen Schwankeseffekte erlaubten. Mit treffend seiner Quantifizierung repräsentierte Hans Junkermann als Oberhofmarschall den leeren, unverschämten, doch jederzeit bei Bitterung von Gefahr zur Kapitulation bereiten Höflingsgeist. Die Freundin des Verstorbenen und Leiterin der Kampagne war, durch Elinor Bäcker annützig vertreten.

Nährungen in der Berliner Nationalgalerie. Die letzte Abführung für die Volkshochschule Groß-Berlin hält Dr. Wolf Schardt am Sonntag, den 20. nachmittags 3 Uhr, im Berliner Kronprinzenpalais, in der neuen Abteilung der Nationalgalerie ab.

Die Kurzhandlung Alfred Heller, Charlottenburg, Neubrandenburg, erstattet am Montag, den 2. Mai, mittags 12 Uhr, ihre Herbstausstellung mit neuen Werken von Reiminger, Fedel, Dobner, Guth, Junter, Kauf, Kirchner, Otto Müller, Kolbe, Rejwein, Radzimir, Schmidt-Kottlitz, Strauß und Schwichtenberg.

Vorläufer. Mittwoch, 4. Mai, abends 8 Uhr in der Aula der technischen Hochschule Charlottenburg, Berliner Straße 171/172, Nachbühnen Vortrag des Kunstkritikers Dr. Behn e über „Die Kunst unserer Zeit“.

Ein Glasbaum in Neudän. Im Anschluß an unseren Artikel über den Glasbaum werden wir am Freitagabend eines Glasbaums in Neudän im Garten des Hauses Bruno-Bauer-Str. 17 aufbauen. Er ist über 8 Meter hoch.

### Mein Zweig.

Von Paul Gutmann.

Im Garten meines Freundes blüht ein wilder Kirschbaum. Von weitem sieht er aus wie eine weiße Wolke, nähert man sich ihm, so erinnert er an einen riesigen Reifrost aus düstigem Muffelstein, und ganz nahe erblickt man ein Gewirr von tausenden zarter Blüten. Die Leute, die durch die Straße, wo er von einem Zaun umhegt wächst, ihren Geschäften nachgehen, werfen ihm wohl mal einen Blick zu, hier und da betrachtet ihn ein junges Paar, bei dem die Gefühle zärtlicher Schwärme, eine innige kleine Welle, aber die meisten schenken ihm keine Beachtung. Er gehört zum Inventar des Frühling; so wie sie arbeiten müssen, so muß er blühen. Das ist seine Bestimmung.

Kürzlich ging ich an dem Garten des Freundes vorbei, als er gerade einige Zweige von seinem blühenden Baum abschnitt. Als er mich sah, winkte er mir zu und schenkte mir eine wehende Blütenstandarte, die ich voll Freude nach Hause trug.

Welche Veränderung geschah nun mit den Menschen, die an mir vorbei durch die Straße ihren gewohnten Zielen entgegenzogen? Ein älterer Herr, der mir von häufigem Anblick bekannt war, den ich für einen zugeträumten, frohlichen Beamten gehalten hatte, lästete seinen Hut und sagte: „Eine Gottesgabe, eine wahre Pracht.“

Darauf starrte er noch eine Weile verblüht auf meinen Zweig, als hätte er in seinem Leben noch keinen Frühling erblickt, und bevor er sich von mir trennte, meinte er:

„Was der im Geschäft wohl kosten mag!“

Mehrere Frauen begegneten mir, die mich von weitem schon mit gerührtem Lächeln ansahen. Im Vorbeigehen hörte ich die Worte:

„Entzückend. Ach, wie wunderroß. Nein, ist das schön.“

Kinder stießen Freudenrufe aus, als ich an ihnen vorbei meine Leute von dagnen trug. Leute, die sich vorher eifrig unterhalten hatten, blühen stehen und schauten mir wohlwollend nach. Junge Mädchen, deren Blicke mich sonst nicht beachtet hatten, jubelten, als ich in ihrer Nähe war. Ich war der Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit, ein Lebenswetter, wohn ich mich wandte.

So sind die Menschen, dachte ich. Viele Tausend solcher Zweige, deren einen ich trug, streckt der Baum Tag und Nacht zum Himmel empor. Weder die köstliche Südelerei von Weiß auf dem Blau des lachenden Mittagshimmels noch die silberne Blütenstaube bei Mondschein weckt nur den kleinsten Teil jenes Gefühlssturmes, den ich mit einem Tausendstel Baum in meiner Hand errege.

Wie kommt das? Es ist die Sichtbarkeit des Besitzes, die Beziehung auf eine Person, was ihre Gefühlsporte öffnet. Hier geht

## Der Streit in der DAPD.

Am letzten Sonntag hat in Chemnitz der Bezirksparteitag der DAPD, einer der stärksten Bezirke dieser Partei, nach einem Referat von Böllcher (Zentrale) und einem Korreferat von Maria Zeilin zur Situation in der kommunistischen Partei Stellung genommen. Der Bericht der „Roten Fahne“ hierüber ist außerordentlich unklar, da er zunächst die Anwesenheit von 143 stimmberechtigten Delegierten mitteilt, dann aber die Annahme einer Resolution mit 69 gegen 1 Stimme bei einer Stimmenhaltung meldet. Danach würden noch nicht die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Da die fehlenden 72 Delegierten aber auch nicht unter Stimmenhaltung aufgeführt sind, so bleibt rätselhaft, wohin sie sich vor der Abstimmung verhalten haben.

Die angenommene Resolution selber billigt, daß die Zentrale den Kampf gegen den Anschlag Hörstings auf die mitteldeutsche Arbeitererschaft auf breiterer Front ausgenommen hat. Sie tadelt aber, daß die Partei „ohne genügende politische und propagandistische Vorbereitung der Arbeitermassen“ in die Aktion eingetreten sei. Sie fordert schließlich die Zentrale und alle Parteigenossen auf, „politisch und organisatorisch die Partei auf die revolutionäre Position einzustellen“. Auch hier scheint man also an einem Wahnsinn noch nicht genug zu haben.

Mit 50 gegen 20 Stimmen — wiederum fehlen über die Hälfte der stimmberechtigten — sprach sich die Tagung für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag aus. Der Ausschluß von Zeilin wurde für gerechtfertigt erklärt. — Ein Urteil wird man erst abgeben können, wenn die gekennzeichnete Unklarheit aufhört.

## Die Londoner Besprechungen.

Paris, 28. April. (AP.) Havas meldet aus London: Der britische Minister des Auswärtigen Jasper hatte heute mehrere Besprechungen mit Lloyd George.

Loucheur, Theunis und Blacett setzten heute ihre Besprechungen fort. Bei diesen Beratungen hätten, Havas zufolge, sich die drei alliierten Vertreter mit allen finanziellen Problemen, die bei der Befreiung des Ruhrgebiets in Frage kämen, beschäftigt. Die alliierten Vertreter hätten sich besonders mit dem eventuell zu erwartenden Ertrag bei einer Befreiung des Ruhrgebiets beschäftigt und seien zu dem Schluß gekommen, daß aus dem Ruhrgebiet eine Summe von 1 1/2 bis 2 Milliarden Goldmark jährlich erzielt werden könne.

London, 28. April. (AP.) Marshall Joffre ist hier heute abend eingetroffen.

Paris, 29. April. (AP.) Ministerpräsident Briand wird heute mittag nach London abreisen. Generalsekretär Philippe Berthelot, Marshall Joffe und General Wengand begleiten ihn.

Wie hältst du's mit der Religion? Unsere Kolitz „Die Titelseite“ (Nr. 195 d. „B.“) hat uns eine Fülle von Zuschriften eingebracht, in denen auch andere Lebensstände gebrandmarkt werden. So teilt uns ein Studienrat mit, daß die Personalbogen der Lehrkräfte an höheren Schulen noch immer die Frage nach der Konfession enthalten. Sollte es wirklich nicht möglich sein, mit diesem verfassungswidrigen Unfug endlich einmal aufzuräumen?

## Groß-Berlin

### Berliner Leben im Bild.

Tag für Tag geht eine Riesenzahl von Bilderzeitschriften aus Berlin heraus, die angeblich Berlin im Bild widerspiegeln und auch in Kreisen der arbeitenden Bevölkerung gelesen werden. Dennoch aber weisen diese Zeitschriften einen großen Mangel auf: Sie sind nicht lebensnah, nicht echt, nicht ehrlich. Was diese Zeitschriften über das Berliner Leben bringen, das ist ausnahmslos höchst einseitig. Man kennt die Melodie: Theater, Film, Varieté, Bar, Sport, Mode, Straße, ein paar aktuelle, ein paar Sensationsbilder, eine technische Kewigkeit, ein paar Karikaturen, Schluß. Das soll das Berliner Leben sein. Aber es ist nur ein Ausschnitt dieses Lebens, nämlich jenes Lebens, das die oberen Hunderttausend führen oder sich ihre Geld vorführen lassen, so vor wie während und nach dem Krieg. Dieses Berliner Leben im Bild ist das Leben der Plutokratie und seiner in vielfacher Gestalt aufstrebenden Schleppenträger. Der Inhalt ist deshalb immer eingestellt auf das Verblüffende, das Ueberrassende, das Aufsehenerregende, das Sinnesföhnende. Aber das wahre starke Leben, das durch diesen gewaltigen Biermillionenkörper pulst und broht, das Leben der Arbeit, bringt keine einzige dieser Zeitschriften nachhaltig zum Ausdruck. Arbeitsstätten nun einer unerhörten Wucht und Größe der Ausmaße lagern sich in und um Berlin. Man nehme nur ein Beispiel: die UEG. Arbeitsprozesse in ungeheurer Fülle und unfaßbarer Mannigfaltigkeit vollziehen sich in diesen Riesenwerken. Das zeigt eine hochintelligente Arbeiterschaft voraus, die trotz alles proletarischen Massenbewußtseins oder vielmehr gerade wegen dieses starken Bewußtseins dennoch bereit ist, unter der Herrschaft des Unternehmertums Qualitätsarbeit zu leisten. Diese Arbeit ist geleistet worden und wird auch heute wieder geleistet, der beste Beweis für das stützende Wollen der Arbeiterschaft, das sich nicht in hohen geschwollenen Redensarten äußert, sondern durch die Tat, eben durch die Arbeit selber, denn nicht allein durch ihre Chefsingenieure und Direktoren, sondern in jeder Linie auch durch ihre Arbeiterschaft haben diese Riesenwerke Weltfrieden erlangt. Aber wo finden in all unseren behabierten Zeitschriften die auch für den Laien interessanten Arbeits- und Produktionsvorgänge solcher Werke ihre Widerspiegelung? Niemand. Einziger Film hat den Versuch gemacht. Aber die Berliner Firma, die dafür in Betracht kommt, hat viel zu starkes Interesse für Rheinland-Westfalen und für Oberschlesien gehabt, als daß sie versucht hätte, die Arbeit Berliner Arbeiter im Film festzuhalten. Auf diesem Gebiet ist noch alles zu tun. Das Proletariat aber hat es in der Hand, eigene Bilderzeitschriften zu fördern, die, wie es schon „Volk und Welt“, die Bilderbeilage des „Vorwärts“, tut, in Bildern aus dem Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Arbeiterleben Zeugnis ablegen von dem Arbeits- und Kulturleben der Berliner Arbeiterschaft und so ein richtiges Bild von dem Berliner Leben, d. i. der Arbeit geben.

## Liebestragödie im Hotel.

In einem Hotel in der Eichendorffstraße lebte gestern ein Paars Paars ein. Die es nicht mehr zum Vorschein kam und nichts von sich hören ließ, sah sich der Wirt um 9 Uhr abends noch ihm um und fand es in seinem Zimmer entleert tot im Bett liegen. Der junge Mann, der als ein 24 Jahre alter Zimmermeister Reinhold Lohde aus der Magdalenenstraße 24 a zu Wohlstand gekommen war, hatte dem jungen Mädchen, dessen Persönlichkeit noch nicht bekannt ist, eine Kugel in die linke Schläfe geschossen und durch einen zweiten Schuss sich selbst getötet. Nach dem Befund hat er die Tat im Einverständnis mit dem Mädchen ausgeführt. Die beiden Leichen wurden nach dem Schaubause gebracht. Das unbekannte Mädchen ist etwa 19 Jahre alt, 1,65 Meter groß und schlank, hat dunkles Haar und braune Augen und trug einen schwarzen Mantel, rotes Kleid, grünen Schal und schwarze Strümpfe und schwarze halbe Lackschuhe. Das Taschentuch ist R. L. gezeichnet.

## „Die schwarze Schmach“.

In der „Schauburg“ wurde von der „Vereinigung zur Bekämpfung der schwarzen Schmach“ ein Tendenzfilm überster Art gezeigt. Von allen Filmprodukten, die die deutsche Filmindustrie in den letzten Jahren zutage gefördert, ist dieses eines der schlechtesten. Der Film soll die Schandtaten der schwarzen Truppen im besetzten deutschen Gebiet zeigen. Alles geht planmäßig. Jeder Akt bringt eine Vergewaltigung, die der taktvolle Kurier nur ahnen, nicht miterleben läßt. Der französische Kommandeur ist machtlos. Jede Frau erhält die Vergewaltigung, nach der sie verlangt, möchte man sprechen; so tadellos klapp alles.

Glaubt wirklich jemand an die Wahrheit dieser widerlich gestellten Szenen? Stets ist alles zur Handlung bereit, wenn der Filmoperateur naht: Regier und Mädchen, Reiter und Franzose, wach lehterem man übrigens Worte — in deutscher Sprache! — in den Mund legt von einer Blödsinn, die selbst ein deutscher Nationalist dem intelligenten Volk der Franzosen nicht zutrauen sollte. Man verstehe nicht falsch: die deutsche Arbeiterschaft protestiert — und protestierte längst vor unseren Nationalisten — gegen jede Annäherung des Militarismus, ob er sich in der Zerstörung belgischer Kunstwerke, in der Verwüstung französischer Objekte und Industrieanlagen oder in der Schändung von Frauen und Mädchen äußert. Mit der widerlichen Art aber, in der dieser Protest im Film zum Ausdruck kommt, hat die Arbeiterschaft nichts zu tun. Er wirkt ekelhaft, aufreizend und völkerverbeidend zugleich, ohne nur im geringsten auf das allein maßgebende Ausland Eindruck zu machen. Wenn das Ziel des Films sein sollte, das deutsche Publikum aufzuklären, so ist das allerdings bei einem Teil der Zuschauer erreicht: sie gerieten in schwül erregte Stimmung und heulten nach Orgeln. Dabei zeigte sich höchst charakteristisch, daß der deutschen Bourgeoisie ein Streik der Arbeiterschaft äußerst erwünscht ist, wenn es sich um die Wahrung ihrer Interessen handelt. Wo blieb die Filmprüfungsstelle, als dieser Film gezeigt wurde? Wo der sittenstrengere Herr Professor Brunner? Veitstuchens Symphonie-Duettüre war hier ebenso wenig am Platze wie der sozialistische Kritiker.

## Der 1. Mai

Ist der Feiertag des arbeitenden Volkes. Wir werden an diesem Tag für die Ideen des Sozialismus, für das gleiche Recht aller Menschen und Völker, für den wahren Weltfrieden, für Befreiung von politischem und wirtschaftlichem Joch.

Je schwerer die Zeit, desto notwendiger fester Zusammenhalt und gesteigertes Kampfesmut!

Genossinnen und Genossen! Sorgt für massenhaften Besuch der sozialdemokratischen Veranstaltungen am 1. Mai!

## Der Raub in der Tiergartenvilla aufgeklärt.

### Die Täter verhaftet.

Großes Aufsehen erregte vor zwei Monaten ein ungewöhnlicher nächtlicher Raubüberfall in der Villa Hildebrandstr. 18. Hier wurde die Frau Geheimrat Schwabach im Bett überfallen und um Schmuckstücke im Werte von einer Viertelmillion beraubt. Während nach einer Freilichkeit die Bewohnerchaft des Hauses im tiefsten Schlafe lag, erwachte Frau Geheimrat Schwabach plötzlich und sah in ihrem elektrisch erleuchteten Zimmer zwei unbekannte Männer stehen, einen am Kopf- und einen am Fußende ihres Bettes. Beide trugen schwarze Halbmasken. Wie die Ermittlungen ergaben, waren die Räuber über das Borgartengitter gestiegen, hatten im tiefen Erdgeschoß an der Hinterseite eine Scheibe eingeschlagen und waren dann auf einer Wendeltreppe durch das Badezimmer in das Schlafzimmer der Frau Geheimrat vorgedrungen. Trotz der eingehenden Ermittlungen, die das Raubdelikt der Kriminalpolizei überall anstellte, kam von der großen Beute nichts zum Vorschein und auch die Räuber waren nicht zu ermitteln. Erst in den letzten acht Tagen kamen einige Stücke in Berlin zum Verkauf. Die Verkäufer der Schmuckstücke waren ein Heinz Kiedler, ein Oskar Herming und ein gewisser Burghardt. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß Kiedler der Urheber und Anstifter des nächtlichen Überfalles war. Er kannte die Verhältnisse und die Gepflogenheiten der Familie, weil er früher einmal bei Geheimrat Schwabach als Diener beschäftigt war. Er gewann Hennig, zusammen mit ihm einzudringen, während Burghardt draußen aufpaßte. Die drei waren erst vor acht Tagen aus Wien nach Berlin zurückgekehrt und hatten hier keine feste Wohnung. Kiedler unterhielt freundliche Beziehungen zu der Tochter einer adligen Berliner Familie, die von seinem Charakter keine Kenntnis hatte, und besuchte zuweilen auch diese Familie. Ein Kommissar und ein Kriminalwachmeister legten sich dort gestern abend auf die Lauer. Ihre Erwartung, daß Kiedler wieder einmal kommen werde, erfüllte sich. Sobald er ankam, nahmen sie ihn fest und brachten ihn nach dem Polizeipräsidium. Bald darauf machten sie auch Hennig und Burghardt, die in einem Kaffee am Schürer Platz in der Nähe des Kurfürstendammes auf Kiedler warteten, dingfest. Alle drei waren mit schußfertigen Waffen versehen, kamen aber nicht dazu, davon Gebrauch zu machen. Von den gestohlenen Werten wurden bis jetzt für 100 000 M. wieder herbeigeschafft, zum Teil in Schmuckstücken selbst, zum Teil in Geld, das die Räuber beim Verkauf eingenommen hatten.

## Vollkommene Arbeitsruhe am 1. Mai.

### Auch die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen fahren nicht.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin, Bezirksleitung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes, erläßt folgenden Aufruf:

Kollegen, Eisenbahner! Die geliebten Verkehrs- und Transportarbeiter Groß-Berlins haben beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Wir als Eisenbahner Groß-Berlins wollen darin auch nicht zurückbleiben. Es gilt der Reaktion zu zeigen, daß die Arbeiterschaft trotz ihrer politischen Zersplitterung dennoch einmütig in dem Gedanken ist, für das große Ziel des Sozialismus und der Völkervereinigung zu demonstrieren. Das Reichsverkehrsministerium hat unseren entgegenkommenden Vorschlag, nach Fahrplan V zu fahren, abgelehnt und eine Prinzipienfrage aufgeworfen. Im Einverständnis mit dem Hauptverband unseres Verbandes fordern wir Euch auf, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe in Stadt-, Ring- und Vorortverkehr zu begehen. Darum Eisenbahner, auf zur Arbeitsruhe. Lebensmittelläge und Fernzüge haben zu verkehren.

Der Verbandsausschuß der sozialdemokratischen Polizeibeamten veranlaßt am Freitag, den 29. April (heute), abends 7 Uhr, in der Schulstraße, Köpenicker Str. 1, eine große öffentliche Versammlung, in der Kollege Arthur Libin us über: „Die beruflichen Rechte der Polizeibeamten durch die Beschlüsse der Nord- und Südkommission in Gefahr“ sprechen wird. — Bereits am 28. April hat eine erste Versammlung der Schupo-Beamten zu dem gleichen Thema stattgefunden, in der die Beamten Stellung nahmen gegen die ihnen drohende Entzweiung und den Abbau des Berufsbeamtenstandes. In der gutbesuchten Versammlung herrschte größte Erregung über die Beschlüsse der sogenannten Nord- und Südkommission, welche nur den Erfolg haben würden, daß aus der jetzt zum Fort der Republik gewordenen Schupo ein Instrument der Reaktion würde. Um den Beamten der grünen Polizei Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Berufs- und Rechtsfragen und den politischen Tagesfragen zu befassen, findet heute die zweite Versammlung statt.

„Volk und Welt“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

## Maifeier.

Reichsbahnhof. Die Genossen marschieren vorm. 1/2 Uhr, pünktlich von Hermanns-Reichsbahnhof zur Feiernsammung nach Grünau. — Nachmittags von 1 Uhr ab Maifeier im Schulischen Gastrestaurant zu Reichsbahnhof (Dorplatz).

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Bezirksgruppe NO. des Bundes kommunistischer Arbeiter hält am Dienstag, den 2. Mai 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Schützengarten, Landwehrweg Nr. 11/12, einen Unterhaltungsabend ab. — Bund kommunistischer Arbeiter, Bezirksgruppe Reichsbahnhof. Montag, den 2. Mai 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Schultheater Reichsbahnhof 47-48, Heiner Saal; Versammlung. — Gesamtabend, den 7. Mai 1921, abends 6 Uhr, ebenfalls, großer Saal Reichsbahnhof.

## Gewerkschaftsbewegung

### Generalversammlung der Holzarbeiter.

Der Deutsche Holzarbeiterverband (Verwaltungsstelle Groß-Berlin) hielt unter sehr guter Beteiligung am Donnerstag eine ordentliche Generalversammlung ab. Der Bevollmächtigte Böse erläuterte den Geschäftsbericht für das Jahr 1920. Die furchtbaren Nachwehen des Krieges verschonten auch die Berliner Holzarbeiter nicht. Von Mai bis Oktober 1920 wuchs die Zahl der Arbeitslosen von 4000 auf 10 200. Kurzarbeiter, die wöchentlich zwischen 24 und 40 Stunden arbeiten, waren im August 12 167, im Oktober 12 502 vorhanden. In den Monaten November und Dezember wurde etwas mehr Arbeitsmöglichkeit geboten, die Arbeitslosenziffer fiel und zugleich trat eine Besserung der Zahl der Kurzarbeiter auf 10 100 ein. An Arbeitslosenunterstützung wurden in der Geschäftszeit 1844 911 M. ausgegeben. Die verschiedenen Streiks erforderten an Unterhaltungen 3 714 000 M. Nach einer eingehenden Uebersicht über die Verhandlungen in Tariffragen schloß Redner: In der Lohnfrage ist man, was man konnte. Aber wir haben ein größeres Ziel: Die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische Bedarfswirtschaft. Den Kampf um dies Ziel können wir aber nur vorbereiten und führen, wenn wir nicht den Kampf in den eigenen Reihen führen, sondern ihn ruhen lassen, um uns gegen die Kapitalistenklasse zu wenden. Wir dürfen uns nicht in einzelnen Aktionen verlieren und dürfen nicht Parolen herausgeben, die wir selbst nicht glauben durchführen zu können. Stellen wir uns auf den Boden der Tatsachen. Die Arbeitgeber frohlocken, solange wir uneinig sind.

Nach dem Kassenbericht balancierte die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 6 179 231 M. — Die Nebenkasse hatte eine Gesamteinnahme von 3 501 559 M. Am Jahresabschluss blieb in ihr ein Bestand von 275 976 M. — Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 30 573. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Danach schritt man zur Wahl von 2 Revisoren und 13 Angestellten. (Die engere Ortsverwaltung ist schon durch Urwahl bestimmt.) Als Revisoren wurden Himmel und Schulz gewählt. Zu einer lebhaften Debatte führte die Wahl der Angestellten. Es lagen zwei Resolutionen vor, eine von der Fraktion der SPD. und eine der USP. Von den Antragstellern wird verlangt, daß sich die bisherigen, für die Wiederwahl eventuell in Frage kommenden Angestellten auf den Inhalt der Resolution verpflichten. Die SPD-Resolution enthält im entscheidendsten Teil die positive Verpflichtung, keine Aktion zu dem Zwecke zu treiben, einer außenstehenden Partei den Verband auszuliefern und lehnt ausdrücklich eine Unterordnung unter die Moskauer Gewerkschaftszentrale ab. — Diese Resolution wurde abgelehnt und dafür folgende Resolution der USP. angenommen:

„Die zur Neuwahl stehenden Kollegen erklären, daß sie sich verpflichten, jederzeit im Sinne freigewerkschaftlicher Bestrebungen Aufklärungsarbeit in den Kreisen der Mitglieder zu betreiben, daß sie sich verpflichten, jeder Spaltung und Schwächung der wirtschaftlichen Arbeiterorganisation entgegenzutreten und daß sie jede Neugründung bekämpfen, die eine weitere Zersplitterung des internationalen Proletariats zur Folge hat, daß sie ferner Gegner der Arbeitsgemeinschaft sind und daß sie dahin wirken, die Gewerkschaft zu einer schlagkräftigen Industrieorganisation auszubauen.“

Auf Befragen der Angestellten, ob sie sich auf die Resolution verpflichten, antwortete mit Nein nur der Kommunist Balm, alle anderen mit Ja, auch die Kommunisten Neusch, Thielemann und Brest. Diesen dreien trug ihr Ja den Vorwurf der Stellenjägerie ein, gegen den sie sich dann in persönlicher Erklärung verteidigten. Die zwölf Angestellten, die mit Ja geantwortet hatten, wurden auf Antrag in einseitiger Abstimmung nun wieder als Angestellte gewählt. — Auf Antrag eines Kommunisten, Balm trotz seines Nein zu wählen, und nachdem Balm erklärt hatte, eine Wiederwahl anzunehmen, wurde auch Balm mit 336 gegen 302 Stimmen wiedergewählt.

Genosse Siefeld begründete dann seinen Antrag auf Aufhebung des Beschlusses vom 15. März, nach welchem die Zahlstelle zwei Delegierte zum Moskauer Gewerkschaftskongress senden sollte. Die Diskussion darüber konnte wegen vorgerückter Zeit nicht zu Ende geführt werden. Ihre Fortsetzung und die Beschlußfassung wurde der nächsten Generalversammlung vorbehalten.

## Trohender Streit im Einzelhandel.

Die „Freiheit“ bringt in ihrer Morgenausgabe vom 29. April eine Darstellung von Arbeitgeberseite, in der den Angestellten die Schuld an dem Scheitern der Tarifverhandlungen im Einzelhandel zugeschoben wird. Diese Darstellung ist unwahr. Die Verhandlung vom 22. März muß als gescheitert bezeichnet werden, weil die Arbeitgeber erklärten, daß sie jede Erhöhung der Gehälter ablehnen und nur den alten Tarif bestehen lassen wollten. Das angerufene Arbeitsministerium lehnte ein Eingreifen ab. In der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 25. April erklärten die Arbeitgeber, über die Gehaltsfrage in Verbindung mit der Gruppierung nicht verhandeln zu können, obwohl sie bereits seit länger als 14 Tagen den neuen Vorschlag der Arbeitnehmerverbände in Händen hatten. Nachdem der Schlichtungsausschuß durch einen Beschluß die Teilnahme der Werkmeister und technischen Angestellten am Tarifvertrag ablehnte, schloß er einen weiteren Beschluß, wonach die Gruppierung und Gehaltsfrage an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Verhandlung zurückverwiesen wird. Jetzt erklärten die Arbeitnehmervertreter, daß sie an der Weiterverhandlung des Tarifs vor dem Schlichtungsausschuß kein Interesse mehr haben, sondern den Arbeitgebern eine Frist von drei Tagen zur Aufnahme der Verhandlungen über den Gesamtarif stellten. Daraufhin erklärten die Arbeitgeber ihre Bereitwilligkeit, am Donnerstag, den 28. April, zu verhandeln.

Diese Verhandlung beschloß, daß die Arbeitgeber von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends den Versuch machten, die Angestelltenvertreter von der von ihnen vorgeschlagenen fünfteiligen Gruppierung abzubringen und die bisherige von den Arbeitgebern empfohlene dreiteilige Gruppierung anzuerkennen. Erst nach Anerkennung des Standpunktes der Arbeitgeber wollten diese die Gehaltsfrage betanigen. Um die Gehaltsfrage zu erfahren, erklärten sich die Gewerkschaftsvertreter in der 11. Abendstunde bereit, den Vorschlag der Arbeitgeber als Verhandlungsbasis anzunehmen. Demnach erfolgte die Bekanntgabe der Gehaltsfrage. Die große Zurückhaltung der Arbeitgeber wird verständlich, wenn sie gegenüber der etwa 25prozentigen Zulageforderung der Angestellten 2 1/2 bis 3 Proz. anbieten und zwar Beträge von 25 bis 50 M. pro Monat. Dazu eine etwa 3prozentige Zulage für Verheiratete. Die große Zahl der Angestellten bis zum 20. Dezember sollte nichts erhalten.

